

wingen. Aber in der Koalition zu bleiben und gleichzeitig einer schweren Kritik wider Männer der Fraktion zu gefallen, dem regierenden Kanzler den Boden unter den Füßen wegzuziehen, das ist, gelinde gesagt, unfair. Die Marchyle-Siede hält die Zeit für gekommen, die große Koalition zu sprengen und dadurch einen „Kabinett der Rechten“ einzurichten. Wie sie sich dies „Kabinett der Rechten“ eigentlich vorstellt, ist für heute, die mit gegebenen Gründen rechnen, nicht so leicht einzusehen. Die Deutschen-Nationalen verfügen über 60 Köpfe, die Deutsche Volkspartei über 22. Dazu kommen, vielleicht, 20 böhmerische Volksparteien. Wären — immer vorausgesetzt, daß die Marchyle-Gruppe auf die Volkspartei nicht als Sprenggruppe wirkt — rund 150 Mann. Angetreten ist das ganze Zentrum macht mit — was mehr als wahrscheinlich ist —, so wäre's immer erst 220. Das ist noch lange keine regierungsfähige Mehrheit.

Auch mit Zugang der ganzen Demokratischen Partei wäre die Mehrheit von 220 Köpfen nicht allzu stark. Dafür wäre die schwache Mehrheit über von vornherein mit dem Odium der Arbeiterschaft beladen. Auf ein so unsicheres Geschoß, im entwaffneten Deutschland gegen die Arbeiterschaft zu regieren, wird sich aber das Zentrum nicht einlassen, und die Demokratie auch nicht. Nur in der Fraktion der Deutschen Volkspartei scheint es noch heute zu geben, die nichts gelernt haben und nichts zu gehen wollen, und für die der Gedanke eines Regierens mit der Sozialdemokratie auf die Dauer unerträglich ist. Das das grundsätzliche Regieren gegen die Sozialdemokratie die Monarchie II. Das Leben gestoppt hat, kann man sie nicht. Sie wünschen der Sozialdemokratie die Verantwortung für das, was geschieht, wieder abzunehmen, sie wünschen das Ritterheits-Kabinett Cuno, das mit Unterstützung der Sozialdemokratie regierte, zu übertrumpfen durch ein Ritterheits-Kabinett, das gegen die Sozialdemokratie regiert, und sie versprechen sich davon den Beginn des Wiederaufbaus. Wenn's mal nicht weiter geht, können wir Unions das etwem geschlagenen Verteidigungsspiel und spielen lassen sich alle Schwierigkeiten.

Man nennt das Katastrophenpolitik. Mag dann Katastrophenpolitik nicht am empfindlichsten halten und doch Richtung haben vor der verbreiteten Ziellosigkeit, womit aufseide Männer den Weg zum Abgrund zu gehen beginnen. So aber fah das Bild nicht aus, das die Fraktion der Deutschen Volkspartei unter der nominellen Leitung des Dr. Schögl und der tatsächlichen des Dr. Marchyle hat. Das Bild war vielmehr von tomischen Brichten nicht ganz frei. Um im Koalitions-Kabinett Raum zu schaffen für eine deutsch-nationale Verstärkung — graute nun die eigenen Vertreter, von Stresenmann und Dr. Ritter, hinaus! Das scheint uns das Entgegenkommen noch rechtlich doch ein wenig zu viel zu sein.

Der Abstundentag ist kein politisch Partei und Gewerkschaften haben dann auch erklärt, Ausnahmen in Gewerben, die dafür in Betracht kommen, zu lassen. Das war ein großer Erfolg, wenn's nicht ganz frei, womit man alle die vorerst einmal — jedenfalls bis zur politischen Ausbildung — aufstellen geben konnten, die lieber mit der Sozialdemokratie als gegen die Sozialdemokratie regieren möchten. In einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit, unheimlich vermehrter Märsche, fortwährender Betriebsstillungen dachten befürchtet, daß die Sozialdemokratie auf den Abstundentag erneut verzichtete, das können nur die, die lieber gegen die Sozialdemokratie als mit der Sozialdemokratie regieren möchten. Wenn man den Kämpfer Stresenmann das Weiterregieren unmöglich machen will, so soll man das offen sagen und die Verantwortung dafür übernehmen. Aber von ihm verlangen, daß er in seinem schwer belasteten Kabinett auch noch den grundlegenden Kampf um den Abstundentag eröffne, das ist eine hinterhergehende Taktik, die seine eigene Fraktion gegen ihn nicht annehmen sollte.

Die Verhandlungen der Parteien

Die in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch geführten Verhandlungen über die Lösung der durch die Volkspartei heraufbedrohten Regierungskrise wurden bereits am Mittwoch in den ersten Berichtsstunden fortgesetzt. Den Beratungen der Fraktionen lag eine Formulierung über die vom Reichskanzler beabsichtigte Erklärung, betreffend das Ernennungsgesetz, zugrunde. Die Formulierung hat folgendes Wortlaut:

„Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Klingen um eine wirtschaftliche und politische Erkrankung zwängt uns, vorläufig in den Kriegsdienst die Arbeiterschaft auf das Blut zu erhöben, das gefährlichste Tragödien erscheint. Insbesondere ist im Bergbau unter Tage eine Arbeitzeit von acht Stunden, ein schließlich Sonn- und Muschtag, unerlässlich. Analog muss auch das Industrie, insbesondere zur Ausnutzung der Exportförderung und zur verdeckten Ausweitung inländischer Rohstoffe, die Möglichkeit zur Überarbeitung der arbeitsunfähigen Arbeitsschicht gegeben werden. Für die öffentliche Verwaltung müssen ähnliche Maßnahmen angewendet werden. Dabei ist selbstverständlich für schwere und gefährlichste Betriebe der Abstundentag beizubehalten.“

Die sozialdemokratische Fraktion, die am 10 Uhr zusammentraf, konnte mit nicht bereitwilliger, dieser Formulierung zustimmen, entschied sich jedoch dafür, dem Kabinett gegenüberstehende Erwiderungen in finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu geben. Neben die sozialdemokratischen Fragen, insbesondere die Frage des Abstundentags, sollten die sozialdemokratischen Unterschichter weitere Verhandlungen führen. Außerdem beschäftigte sich die Fraktion mit der Klärung des Beziehungsproblems zwischen Bayern und dem Reich. Sie erklärte sich einverstanden mit der von dem Reichskanzler beschäftigten Erklärung, um dadurch die Position des Reiches zu stärken und die des bayerischen Generalsekretärs des Reiches nach Möglichkeit zu entkräften. Der Kanzler gab eine geprägte Beschluß über die personellen Veränderungen in dem Kabinett der großen Koalition wurde aufrechterhalten, ohne daß die Fraktion jedoch der Auflösung war, an einer Personenseite die Verlegung der Kreislichkeit zu lassen.

Nachdem Genosse Hermann Müller zunächst nochmals persönlich mit dem Reichskanzler Rücksprache genommen hatte, sandte nachmittags 4 Uhr in der Reichskanzlei in Gegenwart Dr. Stresenmanns Bedenken mit dem Führer der Koalitionsfraktionen statt, auch im Berlauß dieser Verhandlungen ergab sich keine Möglichkeit, die Krise schnell zu lösen, da insbesondere die Volkspartei auf ihrer vertraglich gefestigten Entschließung beharrte. Diese Entschließung hatte folgenden Wortlaut:

1. In der Frage der Arbeitszeit billigt die Fraktion die Entscheidung des Kabinetts in seiner jetzigen Sitzung.

2. Die Fraktion ist bereit, dem Ernennungsgesetz zuzustimmen, hält aber aus sozialen Gründungen eine andre Sitzung des Reichsausschusses für unerträglich.“

In der letzten Beratung der Fraktionen beim Reichskanzler wurde u. a. auch die Frage erörtert, was werden soll, wenn das gegenwärtige Kabinett zusammenbricht. H. a. wurde die Möglichkeit der Reichsregierungserlösung erörtert. Genosse Hermann Müller ließ keinen Zweifel über die sich hieraus ergebenden innerpolitischen Gefahrenmomenten aufkommen.

Während die Fraktionen den Bericht über die Verhandlung der Fraktionen beim Reichskanzler entgegennahmen, trat das Kabinett erneut zu einer Besprechung des bisherigen Verhandlungsergebnisses zusammen.

Frankreich bestellt wieder Naturaliefertungen

Berlin, 3. Okt. Wiederaufbauminister Nebe hat auf eine Einladung, ob die Naturaliefertungen an Frankreich nach der Wiederaufbau des passiven Widerstandes in derselben Weise wie vor dem 11. Januar wieder aufgenommen werden, geantwortet: Wir werden jetzt den guten Willen Deutschlands auf die Worte stellen und bestätigen in der Tat, bei den deutschen Lieferanten wieder Bestellungen zu machen. Wir werden das Glück bekommen wieder in Wiederaufbau bringen. Dann werden wir sehen, ob das Reich den Lieferanten die ausgeführten Bestellungen bezahlen wird.

Der Brüsseler

Zum Brüsseler Reichspräsidenten teilt der Sozialist folgendes mit:

Noch der gestern veröffentlichte ausführliche und abschließende Schilderung von amtlicher militärischer Stelle über die Vorgänge in Brüssel sind wir der Auffassung, daß die verhängte Sanktion unverzüglich wieder aufgehoben werden kann. Nach unserer eigenen Kenntnis der Dinge und unsern Berechnungen an Ort und Stelle sind wir in der Lage, jene Darstellung als im wesentlichen richtig zu bestätigen. Andendersen können wir uns mit gutem Gewissen der Schlussbeweis über das zu erkennen. Wie die Verhältnisse der dort eingeseherten Reichswehrtruppenrechte durchaus anschließen. Ihr Vorgehen war in politischer Hinsicht einwandfrei und in technischer Hinsicht gerechtfertigt. Daß die Reichswehr es vermied, die Kapitulation der Puischesen durch ein Blutbad um einige Stunden zu verzögern — wogegen sie durchaus in der Lage war —, wird ihr kein Sozialdemokrat verdenken; allein wir möchten den Wunsch aussprechen, daß die Wehrmacht in allen Dingen mit menschlichem Blut ebenso sparsam umgehe, insbesondere wenn es tragische Ereignisse mit sich bringen sollten, daß sie gegen deutsche Arbeiter eingesetzt werden müßte. Wir möchten bei dieser Gelegenheit bemerken, daß der Kästner Kommandant das Anerbieten der dortigen organisierten Arbeiterschaft, der Reichswehr bei der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung befähigt zu sein, mit Dank zur Kenntnis nahm und sich vorbehalt, im Vorstoß auf diesen Angebot zurückzugreifen. Diese Feststellungen sind in der heutigen kritischen Zeit von besonderer Bedeutung, denn aus der Entwicklung der Dinge in Brüssel lassen sich für die Reichsregierung verschiedene Schlussfolgerungen auch für andre, noch viel wichtige Probleme der inneren Politik des Reiches ziehen. Brüssel wäre gewissmaßen ein Prüfstein der Überprüfung der Reichswehr; wenn die Stunde schlagen sollte, in der das Kabinett sich über die Befehle zu entscheiden hat, die dem General v. Hoffmann zu ertheilen wären, dann wird das Brüsseler Beispiel nicht unbedacht bleiben dürfen.

Kahr und Hitler

München, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Nachricht, daß der Generalstaatskommissar Kahr auch schon zum Ministerpräsidenten bestimmt sei, erweckt sich als verirrt. Vorerst soll dieser Schritt noch nicht erfolgen. Aber der Weg dazu wird gebahnt. Herr v. Kahr sieht einzuweichen weiter auf die Reichswehr, denn es fällt ihm gar nicht ein, daß vom Reichswehrminister verfügte Verbote des böhmisches Beobachters auszuführen. Auch die Donnerstagausgabe des Hitlervorsatzes ist bereits erschienen mit der großen Aussage des Blattes veröffentlich überlängt zur Frage der Monarchie eine Erklärung des militärischen Führers des Kampfbundes, in der es heißt: „Nach unserer Ansicht wird die Frage der Wiederaufbau der Monarchie erst dann entschieden werden, wenn dem deutschen Volke von innen und außen durch ein mächtvolles Heer die Grundlagen von Kraft, Stärke und Freiheit geschaffen sind. Wie die völlige Unabhängigkeit dieses Schlosses gewährleistet.“ Wie dahin soll natürlich die Hitlerdiktatur freien Lauf haben. Aber Kahr ist dafür dem Hitler noch nicht gefügt genug. Doch ändert Hitler jetzt seine Taktik. Er erkennt die Person und die Tätigkeit des Generalstaatskommissars an, sagt aber immerfort, die Freiheit kommt ja nur der weißblauen Bayerischen Volkspartei oder Bayern zugeteilt, während Hitler das ganze Reich „national erlösen“ müsse. Wie dieser Kampf weiter gehen wird, ist noch nicht entschieden. Jedenfalls aber heißt hier für seine verbrecherische Tätigkeit freie Hand. Kahr duldet ihn.

Die Bayerische Volkspartei fürchtet Hitlers Kreisen sehr. Ihre Presse legt mit schwerem Geschütz gegen den böhmisches Beobachter und die nationalsozialistische Bewegung los und spricht offen aus, daß es heute notwendig sei, in erster Linie gegen diese „revolutionären Aktivisten“ zu kämpfen, der sich im Deutschen Kampfbund breitmache. Wie hoch die Bayerische Volkspartei die Gefahr einschätzt, daß ihr die Freiheit der Diktatur Kahr am Ende verloren gehen könnten, beweist, daß die Bündnisfraktion der Partei in einer eilig zusammengerufenen Sitzung alle Bedenken gegen die neuen dämmrigen Methoden unterschied und in einer Verzweigungs-Sitzung für die Regierung Künling gleichzeitig auch erklärte, sie stände in gleicher Einmütigkeit auch hinter dem Generalstaatskommissar v. Kahr. Die Fraktion sei gewillt, den Generalstaatskommissar in seinem schweren Amt, dem die Aufgabe gegeben sei, die Staatsautonomie zu befreien, mit ihrer ganzen Kraft zu unterstützen. Da aber feststeht, daß die Staatsautonomie am 26. September nur von Hitler und seinem Kampfbund bedroht war und darum Herr v. Kahr zum Diktator gemacht wurde, so bedeutet der letzte Satz der jüngsten Kundgebung der Fraktion nichts anderes als eine Mahnung an Herrn v. Kahr, vor allem in dieser Richtung seine Aufgabe zu erfüllen, über weder gegen den böhmisches Beobachter noch gegen den Kampfbund geschieht etwas. Der Kampfbund verhindert triumphierend, daß schon 10 Ortsgruppen der böhmisches Verbände zum Kampfbund übergetreten sind. Hitler läßt sich auf.

Sowjetrußlands Politik

Wie dem Berliner Sowjetorgan „Raketa“ aus Moskau gedroht wird, hatte der amerikanische Senator King vor seiner Abreise aus Moskau eine Unterredung mit Trotski. Auf die Frage Kings, welche Haltung die russische Sowjetrepublik im Falle des Ausbruchs einer neuen Revolution in Deutschland einnehmen würde, antwortete Trotski:

„Wir wollen vor allen Dingen den Frieden. Wir werden keinen einzigen Soldaten der Roten Armee die russische Grenze überschreiten lassen, wenn wir nicht durch Gewalt dazu gezwungen werden. Sollten die deutschen Monarchisten siegen, sich mit der Entente beschließen und von dieser den Auftrag zur Intervention gegen Sowjetrußland erhalten, so werden wir selbstständig kämpfen. Aber ich glaube nicht an diese Perspektive. Jedenfalls werden wir uns in einem inneren Bürgerkrieg nicht einmischen, denn das wäre nur möglich durch einen Krieg gegen Polen. Einen Krieg wollen wir aber nicht. Wir vertheidigen keineswegs unsre Sympathie für die deutsche Arbeiterschaft, wie sie von Polen und ganz auf ihrer Seite, wir stehen auf Seiten des deutschen Volkes gegen das Imperialismus, aber wir treten gleichzeitig voll und ganz für den Frieden ein. Die geringe Stärke des Roten Armees, die unter Aufrechterhaltung kleiner Institutionen in eine Territorialarmee zur Verteidigung des Landes umgebildet wird, ist die beste Garantie der friedlichen Beleidigungspolitik der russischen Sowjetrepublik. Die Sowjetregierung hat ein Interesse an der Durchführung der von ihr übernommenen Verpflichtungen und der Aufrechterhaltung des Reiters der Geschäftswelt. Sie wird alte enstehen ausländischen Firmen unterstützen, die in der Industrie Sowjetrußlands dauernde Kapitalanlagen machen wollen. Die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands ist eine Lebensnotwendigkeit für diemillionenförmige russische Bevölkerung und soll während einer längeren Periode aufrechterhalten werden.“

So weit der hochrangige Bericht, der die Pläne und Absichten des militärischen Führers Sowjetrußlands darlegt. Letztlich den früheren Annahmen aus den Kreisen der Sowjetregierung spricht sich auch Trotski gegen eine Einmündung in die inneren Verhältnisse Deutschlands aus. Besonders wichtig sind seine Hinweise auf die militärische Unfähigkeit Sowjetrußlands, einen Krieg gegen die Westmächte zu führen. Diese Feststellung kam unter anderer russischer Seite — die übrigens für jeden zweiten

der russischen Bevölkerung nichts Neues enthält — sollte den kommunistischen Revolutionären und ihren deutschpolnischen Gegnern gezeigt werden, die nicht willig werden, dem deutschen Volke das Recht von den marxistischen Robben Tieren Sowjetrußlands aufzugeben, die angeblich nur auf den Augenblick warten, um Polen zu überrennen und Deutschland von den Folgen des Versailler Friedensvertrages zu befreien.

Das geschenkte Automobil

Das laufmännischen Kreisen wird dem B. L. der folgende Haft mitgeteilt, der die Reichsbankpolitik des Papiermarktrechts in interessanter Weise beleuchtet: Der sehr reiche Inhaber einer sehr großen Firma kaufte sich vor drei Monaten ein Automobil. Kaufpreis: 1 Milliarde Papiermark, damals mehr als 20 Goldmark. Der Kaufpreis ist sofort zu entrichten. Der Käufer zahlt, und zwar mit einem Dreimonats-Altertum, daß der Verkäufer sehr anstrengt, daß es ihm die Reichsbank bereitwillig distanziert, weil es die Wirtschaft zweier durchaus solider Firmen trügt. Der Käufer hat kein Automobil. Der Käufer hat sein Geld. Jetzt wird das Dreimonats-Altertum fällig. Der Käufer hat also nun mehr für einen solchen Kaufpreis 1 Milliarde Papiermark zu zahlen. Das heißt: er bekommt das Automobil geschenkt und zahlt ein kleines Dokument von ein paar Goldmark. Wenn er gestern zahlte, waren es 17 Goldmark, morgen vielleicht noch weniger. Wer hat ihm dieses Geschenk gemacht? Der Käufer nicht, denn der hat den geforderten Kaufpreis bekommen. Die Reichsbank! Ist es, die diesem sehr solideren Herrn ein Automobil gratis überreicht, auf Kosten seines Steuerzahlers, die am wenigsten leistungsfähig sind, und die zu solchen Zwecken von der Inflationsträte, an der die Reichsbank allen Wagnungen, allen Anstrengungen zum Trotz jahrelang festgehalten hat, und die Herr Habenstein heute noch für die allein richtige erklärt. Gewiß werden so langfristige Krebsen heute nicht mehr gegeben. Wer für längere Zeiträume wird auch heute noch Papiermarkrecht gönnt. Wie lange soll dies unheilvolle Spiel noch fortgesetzt werden? Wie lange noch soll Herr Habenstein die schwere Verantwortung des Amtes tragen, daß von ihm so gründlich bestreitet werden ist?

Kohlenmangel, aber — Zwangsfeuerschicht

Landeshut, 3. Oktober. Laut Landeshuter Tagesschau wird vom 4. Oktober an im ganzen niederösterreichischen Kohlenrevier an jedem Donnerstag eine Feuerschicht eingestellt werden.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist laut noch zu steigern. Die Kohlen sind knapp, Kohlenmangel überall, die Besitzenden und die bürgerlichen Parteien fordern Kurbelung der Arbeitszeit, Schluß mit dem Arbeitstag — und im schlechtesten Kohlenrevier zwangt man den Arbeitern Feiertäglich auf. Es ist Zeit, daß eine Durchorganisation der gesamten Wirtschaft erfolgt — was nur vom einzigen Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft ermöglicht werden kann.

Herr v. Krahne vor Gericht

Unter starkem Andrang der Öffentlichkeit begann am Dienstag vor dem Schwurgericht in Potsdam der Prozeß des sattsam bekannten Schlossherrn auf Peckow am Schivelowsee. Krahne, dem die Anklage zur Last liegt, im Mai 1921 einen 16-jährigen Jungen auf seinem Besitz ermordet zu haben. Dieser Tötungserlebnis aus der benachbarten Gemeinde Glindow jüngst damals am See Bieheneiter, lehrte jedoch nicht mehr zurück, sondern wurde später unter eigenem Verdacht vom schlossherlichen Förster als Leiche gefunden. Für die Bevölkerung der Gegend unterlag es vom ersten Tage an keinem Zweifel, daß hier eine Mordei unterlag, bei der der Täter im Schloß Peckow zu suchen sei; denn seit Jahr und Tag waren Krahne senior wie sein Sprößling, der jetzt unlängst wegen schwerer Körperverletzung sich vor dem Richter zu verantworten hatte, als verwohnte märkische Juwel bezeichnet.

Werktuindustrie fand die Potsdamer Staatsanwaltschaft daß die Zeit über angeblich keinen Anhaltspunkt, um durch ein gerichtliches Verfahren Licht in die dunkle Angelegenheit der Erziehung des Jungen zu bringen. Ein eingezogenes Untersuchungsverfahren wurde sogar nach einiger Zeit wieder eingestellt, und Herr v. Krahne brachte weiterhin nichtslos alles, was sich an Mensch und Tier auf seinem ausgedehnten Besitz fanden. Erst als im vorjährigen Jahre vorerst amnestische Junger einen Arbeiter aus desselben Gemeinde Glindow im Holzausfall durch Schuß niederschlug, steigerte sich die Erregung der Bevölkerung der Gegend so sehr, daß auch die Erinnerung an jene erste tödliche Untat wieder lebhaft wurde und sich nun so viele Zeugen einfanden, daß es endlich zu einer Anklage kam.

Welchen Typ des rohen und brutalen Kriegers wir vor uns haben, erriet man aus seinem Vorleben. Als junger Offizier hat v. Krahne, wie er bei seiner Vernehmung offen zugibt, mir deshalb auf einen Soldaten mit dem Säbel einschlagen, weil dieser sich auf der Wache unbehörig benommen habe. Als „Mörder“ bezeichnet es der Angeklagte, daß er im Jahre 1910 auf einen Maurer, der Holz tadelte, feuerte. Außerdem erinnerte der Vorsteher den Angeklagten daran, daß er in der Zwischenzeit auch in einem andern Fall zweier Körperverletzung und Sachbeschädigung bestraft worden sei. Einem Arbeiter, der ihm beim Holzausfall durch Schuß niederschlug, fehlte es nicht an Angstgefühlen, erklärte er in seiner Geständnis: „Wenn ich Sie wieder ertrappe, dann trage ich Sie besser als den Richter.“ Die Antwort des Angeklagten: „Das werde ich wohl gesagt haben, daß es mich ein gutes Recht ist.“ Bezeichnet wird die geistige Einstellung des jungerlichen Schlossherrn ist auch sein Benehmen bei der Aufzucht der Leute des Erbholzes. Als der Vorsteher an v. Krahne einige Fragen über den Leichenfund richtete, schwang er jenen in das dichte Tone an und verdrängt sich die Fragestellung. Warum? Der Vorsteher des Vorsteher ist — so erklärte der Angeklagte dem Gericht — nicht der gewesen, den ein alter gebeine U. U. unter anderem ansetzten habe. Neben vielen andern Angeklagten ist er nicht bestellt worden, daß im Dienstbuch des Vorsteher geschrieben sei, die Blätter fehlen, auf denen der Leichenfund vermerkt war. Was hier leicht zu erklären ist, wenige man das Zusammennehmen von Schlossherrn und Förster kennt: „Ich und mein Förster sagen nichts, wenn wir einen Dich treffen, sondern es gibt was hinter drauf.“ war einmal das Bekennen dieser schönen Seele.

Der Hauptbefreiungsversuch bestand darin, daß er mit dem Gericht zusammen am Gericht die Sige gefordert habe. Aber nachdem sie sich getrennt hatten, habe er den Vorsteher schnell eines Schusses gehabt, um einen Ruf des Schlossherrn. Als er sich daraufhin beruhigt, sei ihm v. Krahne entgegengekommen. Als die Generalverrichtung des Angeklagten in ferner Ferne stand, ein Durchbruch, als er die Witterung erhielt, daß draußen eine Leiche liege: „Läßt sie doch liegen, lohnt die Schwere aufzutreffen.“ Der Vorsteher dieses edlen Erzählers muß als Neugeboren selbst ausgeben, daß auf Peckow „ab und zu“ geschossen worden sei; vor allem seien auf Karottensiedebüchern Schußlöcher abgezogen worden. Krahne selbst hätte immer einen großen alten Kronenreiter bei sich geführt.

Schon der erste Tag des Prozesses enthielt ein Bild, das wie ein Bild ins Mittelalter annimmt. Doch ist es nur ein Kurzschluß aus dem Bereich der Vorstellung der Vorsteher in die Republik hinübertritt kommt.